



Demokratie, die Medien und der Irak-Krieg

Zum Kriegsdiskurs in Europa und Amerika

EDITORIAL

Wie gelingt es einer Regierung, die eigene grundsätzlich kriegsabgeneigte demokratische Bevölkerung von der Notwendigkeit militärischer Einsätze zu überzeugen? Und wenn es gelingt, wie kann die Zustimmung auch dann erhalten werden, wenn später Nachrichten über Verluste und Opfer auf beiden Seiten nicht abreißen?

Im Fall des Irak-Krieges hat die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Staatsbürger überzeugen können, dass es keine Alternative zu einer militärischen Auseinandersetzung gebe, um die nationale Sicherheit zu gewährleisten. Die Mehrheit der Amerikaner glaubt noch immer, dass Saddam Hussein über Massenvernichtungswaffen verfügt und mit der Terrororganisation Al-Qaida kooperiert – auch wenn es bis heute keine stichhaltigen Beweise für diese These gibt. Allerdings nimmt die Unterstützung für den Irak-Krieg beständig ab, seitdem die Zahl der Opfer auch nach der offiziellen Beendigung der Kampfhandlungen wöchentlich ansteigt.

In Großbritannien ist die Zustimmung zu Anfang des Krieges inzwischen in eine Ablehnung umgeschlagen, in anderen europäischen Ländern wurde und wird kontrovers diskutiert, selbst wenn die Gegnerschaft meist überwog.

Harald Müller vergleicht am Beispiel des Irak-Krieges die öffentlichen Diskurse beiderseits des Atlantiks im Spiegel der Medien. Ein besonderes Augenmerk legt er auf die Berichterstattung in Zeiten „eingebetteter Journalisten“, denn die Botschaft „ich bin dabei gewesen“ spielt für die Glaubwürdigkeit der Berichte eine Schlüsselrolle.

Marlar Kin



Ein US-Militärarzt untersucht ein afghanisches Baby, während es von seiner älteren Schwester gehalten wird. Das US-Verteidigungsministerium bietet eine gut sortierte offizielle Bildergalerie an, die mit einer Reihe von Aufnahmen dieser Art die humanitären Beweggründe der militärischen Einsätze dokumentieren soll.
Quelle: <http://www.defenselink.mil>

Harald Müller

Vor mehr als einem Jahr habe ich über Demokratie, Medien und Krieg in einem HSFK-Standpunkt nachgedacht.¹ Der Irak-Krieg gibt Anlass, an diese Gedanken anzuknüpfen und zu überlegen, welche Erkenntnisse wir aus den Erfahrungen dieses Jahres im Hinblick auf diese Thematik führen können. Im Mittelpunkt steht dabei der auffällige Unterschied in der öffentlichen Meinung zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Dort wird es auch heute noch für richtig gehalten, dass dieser Krieg geführt wurde; in keinem europäischen Land ist dies so, auch nicht in Großbritannien. Es zeigt sich, dass der „Kriegsdiskurs“ – die nach dem 11. September von der Regierung entwickelte Deutung, man befinde sich in einem Weltkrieg gegen den Terrorismus – das amerikanische Bewusstsein maßgeblich geprägt und zu ei-

ner anderen Beurteilung der irakischen Frage geführt hat.

Spricht man mit Bekannten über Krieg und Frieden, so gewinnt man schnell den Eindruck, dass alle instinktiv davon ausgehen, Menschen müssten natürlicherweise gegen den Krieg sein. Das war schon in Kants Schrift zum ewigen Frieden so. Er unterstellte, dass selbst rein utilitaristisch eingestellte Besitzbürger, die nicht von den moralischen Idealen der Aufklärung durchdrungen sind, aus Eigennutz gegen den Krieg sein müssten. Die Gefahr für Leib, Leben und Eigentum, so Kant, werde sie veranlassen, gegen den Krieg zu stimmen, wenn sie nur an der Entscheidung beteiligt würden.² Daher die These von der überlegenen Friedfertigkeit der Demokratien.

Leider lehrt uns die Erfahrung etwas anderes. Es gibt durchaus Menschen, die den Krieg gut, schön und erstrebenswert finden. Man muss selbst im eigenen Land nicht bis ins Mittelalter zurückgehen, um ein mit Machismo aufgeladenes kriegerisches Ethos zu finden.

Heute erleben wir einen anderen Menschentypus, der Krieg grundsätzlich positiv bewertet: Kriegsherren und Kriegsbanden, die vom mörderischen Chaos der Bürgerkriege leben – vorzugsweise, aber nicht nur, in Ländern mit schnell und gut vermarktbar mineralischen Ressourcen – brauchen den Krieg als Grundlage materialer Bedürfnisbefriedigung, persönlicher Macht und wachsenden Reichtums. Und natürlich sieht auch der suizidale Terrorist in seinem Heiligen Krieg ein ultimatives Gut. Andernfalls wäre er nicht bereit, sein eigenes Leben zu opfern.

Und dennoch hat Kant der Tendenz nach Recht gehabt: Menschen in Demokratien lieben im Allgemeinen den Krieg tatsächlich nicht. Das vom Königsberger Philosophen angesprochene Kalkül wird tatsächlich angestellt. Die Leute überlegen sich, was es sie kostet, welche Risiken sie eingehen usw., wenn es zu einem Krieg käme. Die gewaltige westeuropäische und amerikanische Friedensbewegung der frühen achtziger Jahre war von der Furcht vor einem Atomkrieg bewegt, der nur in der wechselseitigen Vernichtung hätte enden können. Tatsächlich hat sich die Kriegsabneigung jedoch vom reinen Utilitarismus zu einer moralischen Position weiterbewegt. Selbst die Bürgerinnen und Bürger in Staaten mit Berufsarmeen, die sich aus Positionen großer Überlegenheit in militärische Interventionen begeben, sind bedenklich. Die Aversion gerade der amerikanischen Bevölkerung gegen eine hohe Zahl eigener Gefallener geht ständig in die strategischen Überlegungen und politischen Entscheidungen der dortigen Regierung und ihrer Streitkräfte ein. Aber damit nicht genug; auch um die Toten auf der gegnerischen Seite sorgt man sich. Das in der Demokratie verankerte humane Menschenbild der Aufklärung spricht Lebens- und Menschenrechte, die vom Krieg beeinträchtigt und vernichtet werden, universal allen zu, auch den Bürgern der „Feindstaaten“.

Demokratische Regierungen können über diese Präferenzen ihrer Wählerschaft nicht ohne weiteres hinwegsehen. Die Institutionen der Demokratie müssen idealiter genügen, um sie in politische Entscheidungen umzusetzen. Hier setzt nun die Rolle der Medien ein. Sie sind – oder sollen sein – der Ort kontroverser Diskurse über Fakten und über richtiges und falsches politisches Handeln, in denen demokratische Moral und rationale Nutzenerwägung die Standards für die öffentliche Meinungsbildung darstellen.

Für die Frage von Krieg und Frieden ist diese Rolle entscheidend. Von der Grundabneigung

gegen die äußere Gewaltanwendung in Demokratien ist schon gesprochen worden. Sie schafft eine hohe, aber nicht unüberwindbare Barriere zwischen der Demokratie und der Initiierung von bewaffneten Feindseligkeiten; denn wäre diese Barriere eine absolute Schranke, so hätten Demokratien nie kriegerische Handlungen beginnen dürfen. Dies kam jedoch immer wieder vor, zuletzt im Irak-Krieg. Um diese mentalen Widerstände in der Gesellschaft zu überwinden, müssen die Befürworter militärischer Interventionen innerhalb und außerhalb von Regierungen Rechtfertigungsdiskurse führen. In ihnen geht es um die moralischen und die nutzenorientierten Gründe, die für und gegen eine kriegerische Intervention sprechen. Diese Gründe müssen gegen den erwartbaren Widerspruch behauptet und in der öffentlichen Meinung durchgesetzt werden. Wie alle landesweiten politischen Diskurse können auch Rechtfertigungsdiskurse über den Krieg nur durch die Vermittlung der Medien geführt werden. In ihnen wird sich die Befürwortung militärischer Interventionen jenseits der Selbst- und Bündnisverteidigung nur dann durchsetzen lassen, wenn ihren Argumenten durch die Medien starkes Gewicht verliehen wird.

Rechtfertigungsdiskurse im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg

Der Rechtfertigungsdiskurs im Falle Iraking von Teilen der amerikanischen Regierung und ihren Unterstützern aus und hatte eine Vorgeschichte, die bis in die frühen neunziger Jahre zurückreicht. Er nahm an Intensität mit dem 11. September enorm zu, obgleich die Verbindung Saddam-Osama sich nie auf belastbare Indizien stützen konnte. Die Argumentationslinien wurden dann von der britischen und anderen unterstützenden Regierungen übernommen.

Auch in der öffentlichen Begründung der amerikanischen und der britischen Regierung, dass die Kriegführung gegen den Irak unerlässlich sei, lassen sich nutzenorientierte und moralische Argumente unterscheiden. Das zentrale Nutzenargument drehte sich um die Gefahr, die Saddam Hussein für die westlichen Länder darstelle und die weiter wachsen werde; der präventive Krieg sei notwendig, um die Gefahr im Keim zu ersticken, bevor sie sich nicht mehr handhaben lasse. Es ging also bei dem Nutzenargument um die Vermeidung von großem künftigen Schaden.

Die zum Krieg drängende Schadenserwartung wiederum wurde zum einen mit den Massenvernichtungswaffenprogrammen des Irak begründet. Die amerikanische und die britische Regierung unterstellten, dass das Land bereits über solche Waffen verfüge und an weiteren, vor allem an Kernwaffen, unbeirrt arbeite. Washington reihte das Vorgehen gegen den Irak in den „Krieg gegen den Terror“ ein und behauptete Verbindungen zwischen Saddam Husseins Regime und der Terrororganisation Al-Qaida. Daraus ergab sich dann das maximale Risiko, dass der Irak Massenvernichtungswaffen an die Terroristen weitergeben könnte. Gegenüber dieser Gefahr spielten die Kriegsbefürworter die Risiken einer militärischen Intervention im Vorfeld herunter. Die an sich logische Erwartung, die irakische Diktatur werde Massenvernichtungswaffen am ehesten zur Verteidigung der eigenen Existenz einsetzen als für irgend ein anderes Ziel, wurde heruntergespielt. Der Kriegseinsatz selbst wurde mit einem verhältnismäßig kleinen Truppenkontingent geführt, und die Kriegführenden strahlten große Zuversicht aus, die Kampagne relativ schnell und mit geringen Verlusten beenden zu können.

Unter den in der Öffentlichkeit von den politischen Führungen vertretenen Nutzenargumenten spielten die hochwichtigen strategischen Überlegungen zum Nahen und Mittleren Osten kaum eine Rolle, obwohl sie gerade bei den neokonservativen Architekten der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ wie Paul Wolfowitz im Vordergrund standen. Auch das Motiv, die wegen der Ölvorkommen strategisch bedeutende Region endgültig von einem gefährlichen Unruheherd zu befreien, kam praktisch nicht vor. Dies ist höchst interessant, weist es doch darauf hin, dass politische und ökonomische Nutzenabwägungen demokratische Öffentlichkeiten nicht zur Zustimmung zu einer offensiven Kriegführung bewegen, sondern im Gegenteil womöglich eher Grundsatzopposition mobilisieren. So könnte man sich unter utilitaristischen Gesichtspunkten fragen, warum der Slogan „Kein Blut für Öl!“ stichhaltig sein sollte: Denn die Versorgung mit Erdöl ist für die Volkswirtschaften nicht nur im Westen, sondern weltweit eine Notwendigkeit. Aber die moralische Orientierung drängt hier das Nutzenkalkül in Demokratien auf eindrucksvolle Weise zurück, und die Regierungen passen sich in ihren Rechtfertigungsstrategien an diesen Umstand an.

Der moralische Argumentationsstrang, den sie vertraten, hob auf die eklatanten Menschen-

rechtsverletzungen bis an die Grenze des Genozids ab, die sich das Regime Saddam Husseins zuschreiben lassen muss. Besonders prominent waren dabei der Giftgaseinsatz gegen die kurdische Minderheit im Jahre 1987 sowie die Massenschlächtereien an den Schiiten, als ihr Aufstand nach dem Krieg von 1991 brutal niedergeschlagen wurde. Nicht erinnert wurde freilich daran, dass beide Ereignisse mit westlicher, namentlich amerikanischer Duldung geschahen. Während des iranisch-irakischen Kriegs unterstützten Ost und West einhellig den Irak, ohne sich von dessen diversen Kriegsverbrechen beeindrucken zu lassen. Nach dem Golfkrieg 1991 versagten die USA den Schiiten die Unterstützung, auf die sie sich verlassen hatten, nachdem Präsident Bush selbst die irakische Bevölkerung aufgefordert hatte, einen Regimewechsel herbeizuführen.

Wie man heute weiß, gaben die Regierungen ihren Argumenten einen erheblichen „Spin“ um den erwünschten Eindruck in der Öffentlichkeit zu machen. Vor allem galt dies für die nutzenorientierten Argumente. Die Medien beförderten diese Übertreibungen nahezu unkritisch, obwohl sie bei gründlicher Recherche erkennbar gewesen wären. Das galt zum einen für die behauptete Verbindung zwischen Al-Qaida und Saddam Hussein. Hier waren genug gegenläufige Einschätzungen von Experten und europäischen Geheimdiensten zugänglich, um die Gefahrenbehauptung der Alliierten gründlich in Zweifel zu ziehen. Das galt gleichfalls für die Berichte über den Stand der Massenvernichtungswaffenproduktion: Bereits der Vergleich zwischen dem – durchweg recht nüchternen – Ton des veröffentlichten britischen Geheimdienstberichts von September 2002 und dem alarmistischen Tenor des Vortrags von Tony Blair war ein Warnsignal, das niemand übersehen konnte, der den Bericht von Anfang bis Ende durchgelesen hatte. Das Versagen der Medien, hier die erforderliche kritische Skepsis an den Tag zu legen, beeinträchtigte die Chancen des Publikums, sich im Austausch kontroverser Positionen eine eigene Meinung zu bilden; allerdings war diese Wirkung für die Entwicklung eines selbständigen Meinungsbilds dann doch nicht fatal (s.u.).

Nicht unerwähnt bleiben soll, dass gelegentlich die Medien selbst „Spin“ in die Debatte einführen. Ein eindrucksvolles Beispiel erleben wir im eigenen Land: Ein Journalist „drehte“ Erkenntnisse des BND in die Richtung, dass Saddam Hussein über große Mengen

Pocken-Erreger verfüge und die Bundesregierung diese Information bewusst unterdrücke, um ihre Anti-Kriegshaltung beibehalten (und vielleicht auch teuren Vorbeugemaßnahmen ausweichen) zu können. Es half nichts, dass der kompetenteste Experte in Deutschland, der Direktor des Robert-Koch Instituts, Professor Kurt, die Meldung als gegenstandslos abtat. Sie fand zielsicher ihren Weg in die *Sun* Robert Murdochs in Großbritannien, wo sie als ein Beweis für die Doppelzüngigkeit und das Verrätertum der kriegsunwilligen Deutschen präsentiert wurde.

Aber auch in die entgegengesetzte Richtung hat der BBC-Journalist Gilligan seinen regierungskritischen Berichten einen „Spin“ aufgesetzt. Von einer bewussten Fälschung des britischen Geheimdienstberichts vom letzten September durch Downing Street 14 hatte ihm der Waffenexperte David Kelly nichts erzählt, wie Gilligan später zugeben musste. Aber es machte seinen Sendebeitrag eben viel interessanter.

Unterschiede zwischen den westlichen Demokratien

Im Umgang mit dem Für und Wider des Irak-Kriegs gab es in der Konstellation Regierung/Medien in den westlichen Demokratien ganz erhebliche Unterschiede. Frankreich wies fast lückenlose Übereinstimmung in der Kriegsgegnerschaft zwischen Regierung und Medien auf. In Deutschland war die Regierung entschieden gegen den Krieg. Die Medien waren überwiegend kritisch, aber es gab im konservativen Medienspektrum auch Stimmen, die die amerikanisch-britische Position vertraten. In Spanien unterstützte die Regierung mit Nachdruck die USA, in den Medien wurde eine höchst kontroverse Debatte geführt. In den USA und in Großbritannien vertraten die Regierungen offensiv die Argumente für die militärische Intervention, ein erheblicher Teil der Medien übernahm diese Position unkritisch, gelegentlich auch enthusiastisch und mit chauvinistischen Obertönen, wobei sich das Murdoch-Imperium durch besonders schrille Töne auszeichnete. Die amerikanische Regierung verstärkte diese Wirkung, indem sie den „patriotischsten“ Sender, Fox News, bevorzugt bediente. In Italien folgte die Regierung dem amerikanischen Kurs, und sie kontrolliert einen erheblichen Teil der Medienwelt; aber oppositionelle Stimmen blieben in der italienischen Medienlandschaft stets lautstark hörbar.

Erläuterung

Zur Untermauerung der „Macht der Bilder“ befindet sich dieser Hinweis unter den meisten Photographien in der Bildergalerie der Webseite des US-Verteidigungsministeriums:

„This picture was taken during Operation Iraqi Freedom. OIF is the multinational coalition effort to liberate the Iraqi people, eliminate Iraq's weapons of mass destruction and end the regime of Saddam Hussein.“

Quelle: <http://www.defenselink.mil>

Trotz dieser wesentlichen Konstellations-Unterschiede herrschte in den Öffentlichkeiten beiderseits des Atlantik lange Zeit mehrheitlich eine vergleichbare Position vor: überwiegende Gegnerschaft (Italien, Spanien, Frankreich, Deutschland) oder jedenfalls keine Intervention ohne Mandat der Vereinten Nationen.

Auch in den USA galt dies. Dort schlug allerdings die Stimmung nach dem 5. Februar um, dem Tag, an dem Außenminister Colin Powell sein „staatsanwaltliches Plädoyer“ gegen den Irak im Sicherheitsrat vorgetragen hatte. Danach gab es in den USA eine Mehrheit für den Angriff, auch wenn der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nicht zustimmen würde. Die europäischen Öffentlichkeiten hingegen zeigten sich von Powells Vortrag unbeeindruckt.

Nüchtern besehen glich die Szenerie einem im Fernsehen übertragenen Schauprozess. Die Anklageschrift wurde verlesen, ohne dass es eine Verteidigung gab. Die vorgelegten „Beweise“ wurden von niemandem im Detail in Zweifel gezogen. Eben dies gab den Ausschlag für das Umschwenken der amerikanischen Bevölkerung. Sie konnten im Fernsehen zusehen, wie ihr Außenminister diese mit Details gespickten Indizien vortrug, während die anderen Staatenvertreter ungerührt die vorbereiteten Reden ablasen. Der Eindruck, der Sicherheitsrat sei nicht gewillt, das amerikanische Anliegen ernsthaft zu behandeln und daher letztlich eine irrelevante Quasselbude, wirkte überwältigend. Die Regierung und ihre Parteigänger, namentlich diejenigen unter den Republikanern, die der UNO seit jeher ablehnend oder gar feindselig gegenüberstehen, bemühten sich erfolgreich, diesen Eindruck noch zu verstärken. Das Ansehen der Vereinten Nationen in den USA sank merklich nach dem 5. Februar, um sich erst in der Nachkriegszeit wieder zu erholen, als auch der Regierung deutlich wurde, dass man die Weltorganisation eben doch brauchte, wenigstens um sich selbst zu entlasten. Niemand vermittelte dem amerikanischen Publikum Kenntnisse über das Protokoll von Sicherheitsratssitzungen und die Gepflogenheiten des diplomatischen Austauschs – natürlich mussten die Außenminister ihre vorbereiteten und abgestimmten Statements vortragen; Powell hatte dasselbe getan. Auch wäre es den Kriegsgegnern kaum möglich gewesen, die eigenen, den amerikanischen zuwiderlaufenden Geheimdienst-erkenntnisse in öffentlicher Sitzung des Sicherheitsrats vorzutragen, obwohl sie na-

türlich darüber verfügten. Das ohnedies gespannte Verhältnis zu den USA wäre unerträglich belastet worden. Das „Beweismaterial“ selbst wurde in den USA nicht kritisch diskutiert, sodass Powell nachhaltig Eindruck hinterlassen hatte.

Auch in Großbritannien kam es vorübergehend zu einem Schwenk der öffentlichen Meinung, jedoch erst nach Kriegsbeginn. Der bekannte „sich-um-die-Flagge-scharen“-Effekt³, der bereits häufig in Demokratien beobachtet wurde, zeigte seine Wirksamkeit: Wenn geschossen wird, gibt es eine Welle von Solidarität mit den eigenen Truppen und eine unbedingte Loyalität mit dem obersten Befehlshaber. Sie klingt erst ab, wenn sich der Krieg unerwartet in die Länge zieht. In Großbritannien wendete sich die öffentliche Meinung erst nach dem Krieg wieder, als Zweifel an den Begründungen Tony Blairs und die *Kelly-Affaire*, die dem Selbstmord des Regierungsbeamten und Waffenexperten David Kelly folgte, die Mehrheit wieder ins Lager der Kriegsopposition trieb.

Wie die Erfahrung des Irak-Kriegs bezogen auf das Verhältnis Regierung-Medien-Öffentlichkeit lehrt, sind der Manipulierbarkeit Grenzen gesetzt. Die Beispiele Großbritannien, Italien und Spanien zeigen, dass auch bei einer gezielten Kommunikationsstrategie seitens der Regierungen die Öffentlichkeit in der Lage ist, sich eine eigene, von Regierungspositionen abweichende Mehrheitsmeinung zu bilden. Der ungleiche Zugang von Regierung und Kriegsopposition zu den Medien schlägt sich also nicht zwingend im Ergebnis nieder. Offensichtlich genügte in den genannten Fällen die Präsenz einer kritischen Minderheit in der Mediendiskussion, um diese unabhängige Meinungsbildung zu ermöglichen. Auch die Rückkehr der zeitweiligen Ausnahme Großbritannien in den europäischen „Mainstream“ im Gefolge der Kelly-Affäre bestätigt das.

Einzig die USA bilden eine Ausnahme. Dort hält es nach wie vor eine klare Mehrheit für richtig, dass ihr Land den Krieg gegen den Irak geführt hat. Dass bislang keine Massenvernichtungswaffen gefunden wurden, dass der stellvertretende Außenminister freimütig erklärt hat, die Konzentration auf das Argument, der Irak verfüge über Massenvernichtungswaffen sei gewählt worden, weil nur damit eine gemeinsame Regierungsposition zu erzielen gewesen sei, dass mittlerweile auch der Präsident eingeräumt hat, es gebe keinen Beweis für eine Verbindung von Saddam Hussein und Al-Qaida – all das

hat diese Einstellung der meisten Amerikaner nicht erschüttert. Die ungebrochene Befürwortung des Kriegs ist die wesentliche Differenz zwischen amerikanischen und europäischen Öffentlichkeiten; in den meisten übrigen Fragen der Außenpolitik, das zeigen Umfragen, denken Durchschnittsamerikaner und -innen weit mehr wie die Europäer als die eigene Regierung. Der Unterschied im Bezug auf den Irak-Krieg ist daher auffällig und bedarf der Erklärung.

Nach dem 11. September: Die Macht des Kriegsdiskurses

Dieser Unterschied reiht sich ein in eine fundamental unterschiedliche Deutung des 11. September und seiner Konsequenzen, die zwischen den USA und Europa zu beobachten sind: Die USA und ihre Bevölkerung wähen sich in einem Weltkrieg, der mit den beiden vorangegangenen vergleichbar ist. Die Europäer sehen das anders.

Dabei war nicht der Schock des Ereignisses selbst ausschlaggebend, der natürlich die Amerikaner härter getroffen hat als ihre europäischen Partner. Vielmehr war die politische Deutung entscheidend, die jeweils angeboten und akzeptiert wurde. Der amerikanische Präsident bezeichnete die neue Lage kurz nach den Anschlägen als Kriegszustand; das war durchaus nicht zwingend, auch nicht unter Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit. Denn als Krieger anerkannt zu werden, ist schließlich ein Ziel der Terroristen, die sich selbst als „Heilige Krieger“ verstehen. Es kann ihr Ansehen unter denjenigen heben, die sie selbst als ihre Klientel verstehen. Wie dem auch sei, die Medien in den USA übernahmen unverzüglich und ohne kritische Prüfung den Schlüsselbegriff „Krieg gegen den Terror“ und transportierten ihn ins öffentliche Bewusstsein. Die amerikanische Bevölkerung akzeptierte diese Deutung als gültig.

In Europa hingegen schlug der Kriegsbegriff keine Wurzeln, weder in den politischen Eliten noch in den Öffentlichkeiten. Man sprach vom „Kampf gegen den Terrorismus“ oder der „Anti-Terror-Kampagne“. Die wichtigsten Mittel zur Terrorbekämpfung wurden in der geheimdienstlichen Zusammenarbeit und in den Anstrengungen der Ermittlungsbehörden gesehen. Auch wurde viel darüber gesprochen, mit welchen Instrumenten sich das Umfeld so gestalten ließe, dass den Terroristen ihre Rekrutierungsversuche schwerer gemacht würden. Diese Auseinandersetzung mit dem Terrorismus wurde im öffentlichen

Diskurs deutlich von den eigentlichen Kriegen in Afghanistan (wo es darum ging, eine Regierung, die dem Terror eine Heimstatt bot, auszuschalten) und dem Irak (wo die Europäer überwiegend keine Verbindung zur Al-Qaida und zur Terrorbekämpfung sahen) unterschieden.

Dieser fundamentale Unterschied in der Wahrnehmung der Lage hat nicht nur mit der Tatsache zu tun, dass der Gewaltakt in den USA stattfand und von den Amerikanern, die anders als die Europäer ein historisches Gefühl der Unverwundbarkeit hatten, daher anders wahrgenommen wurde. Die hautnahe Gewalterfahrung wurde von der gegenwärtig politikbestimmenden neokonservativen Elite mit dem Deutungsangebot des „globalen Krieges gegen den Terror“ in eine Bahn gelenkt, die ihrer Weltsicht und ihren außenpolitischen Präferenzen entsprach. Mit der Annahme dieses Deutungsgebots durch den überwiegenden Teil der Medien und anschließend durch die Mehrheit der Bevölkerung etablierte sich der Kriegsdiskurs in den Vereinigten Staaten.

Dass sich der Topos „Krieg gegen den Terror“ in den USA durchsetzte, hatte weitreichende Folgen. Um dies zu verstehen, müssen wir uns kurz mit der Sprechakttheorie auseinandersetzen, die die Wirkungen sprachlicher Äußerungen – nicht nur ihre Bedeutung – thematisiert. Sprache ist nämlich mehr als die Mitteilung von Inhalt. Sprechakte sind zugleich reale Handlungen, die durch ihre Wirkung auf die Zuhörerschaft soziale Kontexte verändern können. Denn ein Sprechakt enthält ein Deutungsangebot für eine soziale Situation. Wird dieses Angebot vom Auditorium – hier der amerikanischen Bevölkerung – angenommen, so ist eine soziale Situation definiert, bestimmte Handlungen werden gefordert und erlaubt, andere verboten.

Medien sind in diesem Prozess von großer Wichtigkeit. Sie sorgen dafür, dass der Sprechakt keine individuelle oder Kleingruppen-Angelegenheit bleibt, sondern das größtmögliche Auditorium erreicht. Wenn Medien die Deu-

tungsangebote einer Regierung annehmen, so erzeugen sie in Richtung Öffentlichkeit einen hohen Druck, diese Deutung gleichfalls zu übernehmen.

Durch seinen extremen Gehalt verändert der Sprechakt, der den Kriegsdiskurs als geltende Deutung etabliert, die normalen sozialen und politischen Gegebenheiten von Grund auf. Dieser Sprechakt definiert eine Extremsituation jenseits der gesellschaftlich-politischen Normalität, deren Gegenteil der Krieg ist. Er beschwört die existenzielle Höchstgefahr für das Gemeinwesen und die darin lebenden Menschen. Er unterstellt den Zwang, extreme Maßnahmen zu ergreifen, und legitimiert die Suspendierung der normal geltenden Regeln. Und er enthält die Botschaft, dass all dies keine Frage der Willkür, keine Option ist, die man wählen oder nicht wählen kann, sondern bittere, eherne Notwendigkeit.

In den Demokratien entsteht eine etwas kompliziertere Sprechakt-Kette. Das Deutungsangebot der Regierungen muss zunächst von einem erheblichen Teil der Medien angenommen werden. Diese sind nicht nur Transmissionsriemen, sondern durchaus selbständige Akteure. Vermitteln sie die Deutung der Lage als Krieg an das Publikum weiter, muss



Präsident Bush bei der Ausgabe des traditionellen Thanksgiving-Dinners an Soldaten in Bagdad am 27.11.2003. Sein überraschender Truppenbesuch am diesem wichtigen amerikanischen Feiertag verfehlte seine Wirkung in der Öffentlichkeit nicht. Quelle: <http://www.defenselink.mil>

es zu einem zweiten Anerkennungsakt durch die öffentliche Meinung kommen. Danach ist der Diskurs etabliert.

Der Kriegsdiskurs verändert das Verhältnis Regierung/Gesellschaft: Denn Krieg ist die „Stunde der Exekutive“. Sie kann alle Vollmachten beanspruchen, um die Gemeinschaft in der Stunde der Not gegen die Feinde zu schützen. Bürgerrechte, die im normalen Leben mit äußerster Entschlossenheit gegen die Zugriffe der Behörden verteidigt würden, können eingeschränkt oder gar außer

Weiterführende Literatur:

Ulrich Albrecht/Jörg Becker (Hg.), Medien zwischen Krieg und Frieden, Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V., Baden-Baden (Nomos), 2002, S. 123-133

Barry Buzan/Ole Waever/Jaap de Wilde, Security: A New Framework for Analysis, Boulder (Lynne Rienner), 1998

Anna Geis, Diagnose: Doppelbefund - Ursache: ungeklärt? Die Kontroverse um den „demokratischen Frieden“, in: Politische Vierteljahresschrift, Bd. 42, Nr. 2, 2001, S. 283 - 298

Andreas Hasenclever, Liberale Ansätze zum „demokratischen Frieden“, in: Siegfried Schieder/Manuela Spindler (Hg.), Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen (Leske & Budrich), 2003, S. 199-225

Stephen Hess/Marvin Kalb (Hg.), The Media and the War on Terrorism, Washington D.C. (Brookings Institution Press), 2003, S. 145-160

Mary Kaldor, Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt/M. (Suhrkamp), 2000

Steven Kull, Americans on Terrorism: Two Years after 9/11, The PIPA/Knowledge Networks Poll, 9. Sept. 2003

Herfried Münkler, Die neuen Kriege, Reinbek (Rowohlt), 2002

Stefan Schallenger, Moralisierung im Kriegsdiskurs. Eine Analyse von Printmedienbeiträgen zum Golfkrieg und zum Vietnamkrieg, Frankfurt/M. (Lang), 1999

Robert Woodward, Bush at War, New York (Simon & Schuster), 2002

Kraft gesetzt werden. Schranken der exekutiven Handlungsfreiheit im Innern fallen. Die Überwachung darf ausgeweitet, die Macht der Dienste und der Polizei beträchtlich erhöht werden, ohne dass nennenswerter Widerstand sich regt.

Denn der Kriegsdiskurs mobilisiert außergewöhnliche Bürger-Loyalität: Der „sich-um-die-Flagge-scharen“-Effekt setzt ein. In der Stunde der Not verlangt und verdient die Regierung Treue und Vertrauen. Die Opposition verstummt. Wer es gegen den Strom wagt, die kritische Stimme zu erheben, gerät unter den Generalverdacht, „nützlicher Idiot“ zu sein oder, noch schlimmer, als Teil einer „fünften Kolonne“ zu wirken. Den *Commander in Chief* kritisiert man nicht. Dass sich die amerikanische Regierung dieser Wirkung durchaus bewusst ist, zeigte die perfekte Inszenierung der Landung Bushs in voller Kampfmontur auf dem Flugzeugträger *Abraham Lincoln*, ein bisher einmaliger Bruch in der „Zivilität“ amerikanischer Präsidenten.

Diffuse Feindbilder polarisieren sich in aller Schärfe. Dass tatsachenwidrig drei Viertel der Amerikaner glauben, Saddam Hussein habe mit dem 11. September zu tun, ist ohne diesen sozialpsychologischen Effekt nicht zu verstehen. Eine Umfrage im September 2003 ergab, dass mehr als zwei Drittel der Befragten die Hand Saddam Husseins hinter dem 11. September vermuten, 41% glauben, es seien Massenvernichtungswaffen gefunden worden (unter den befragten Republikanern sogar 55%) und 21% gar der Meinung waren, der Irak habe solche Waffen gegen die Alliierten eingesetzt. Die Wirkung der über die Medien vermittelten Regierungspropaganda ist also beeindruckend.⁴ Was irgendwie als Feind identifiziert ist, wird zusammengedacht. Der Kriegsdiskurs begünstigt das Kondensieren von Weltsicht in binäre Freund/Feind-Bilder.

Auch das Verhältnis Politik-Medien-Publikum verändert sich. Die Politik empfindet ein größeres Bedürfnis, Medien zu gängeln, zu zensieren oder mit „Zuckerbrot und Peitsche“ zur Konformität zu zwingen. Denn abweichende Meinungen und Kritik drohen die Einheit der Nation zu zerstören, die als Waffe im Krieg unerlässlich scheint. Diese Anstrengungen, Zensur zu üben, erfahren in Kriegszeiten auch größere öffentliche Unterstützung, nicht zuletzt von nicht unerheblichen Teilen der Medienwelt selbst.

Seit 1982, dem Falkland-Krieg, haben britische und amerikanische Regierungen den

Umgang mit Medien im Krieg ständig verfeinert. Die Bewegungsfreiheit und der Verzicht auf Zensur, die den Vietnam-Journalismus geprägt hatten, waren der Bildung von „Journalistenpools“ mit privilegierten Berichterstattungsmöglichkeiten und der Unterzeichnung von Verpflichtungserklärungen durch die Kriegsreporter gewichen, die dem Militär Einwirkungsmöglichkeiten auf die übermittelten Inhalte einräumten. Der „eingebettete Journalismus“ im Irak-Krieg stellte den bisher letzten Schritt dar. Weniger der Umstand äußerer Zensur, als vielmehr die durch das „Eingebettetsein“ geschaffene soziale Situation nahm einen höchst subtilen Einfluss auf die Berichterstattung. Die Journalisten

marschierten mit der Truppe. Sie teilten die Schwierigkeiten des soldatischen Alltags und auch die Gefahren des Kriegsgeschehens mit ihren „Kameraden“. Die Truppe gewährte ihnen den notwendigen Schutz gegen die Iraker, die – da sie mit einem Angriff auf die amerikanischen und britischen Verbände zwangsläufig auch das Leben der „eingebetteten“ Journalisten gefährdeten – objektiv die Feinde der Journalisten wurden. Es entwickelten sich Loyalitäts- und Dankbarkeitsgefühle, die einen Schleier über die objektive Berichterstattung legten. Den eigenen Lebensrettern pfuscht man nicht ins Geschäft. Berichterstattung über Wäsche waschende, essende und schlafende Soldaten gaben dem Krieg ein menschliches Gesicht – auf der Siegerseite. Ausgewogen hätte diese Berichterstattung nur sein können, wenn auch Journalisten bei irakischen Familien „eingebettet“ gewesen wären, die in Nasirijah oder Bagdad die Schrecken des Kriegs im Alltagsleben auf der Verliererseite (und nicht nur im Journalistenhotel) miterlebt hätten. Über die „eingebetteten Journalisten“ hatten die Alliierten ein wirksames Instrument, ohne unziemlichen Druck die eigenen Gesichts-



US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld lässt sich von der Presse auf dem Rollfeld einer Air Base befragen – und mit einem futuristisch anmutenden Kampfflugzeug im Hintergrund photographieren. Quelle: <http://www.defenselink.mil>

punkte in der Berichterstattung verstärkt zur Geltung zu bringen.

Freilich hatte die „Einbettung“ in der ersten Kriegswoche auch einen unerwünschten Effekt. Die plötzlich in die Dramatik des Kriegsgeschehens geworfenen Medienvertreter werteten die irakische Gegenwehr als Rückschlag für die Marschpläne der Alliierten. Die Kriegsberichtersteller hatten sich anscheinend nicht vorstellen können, dass der irakische Gegner es wagen könnte, zurückzuschießen! Über dieser Aufgeregtheit, unerwartet richtige Schlachten zu sehen, entgingen den Berichtenden die eigentlich wichtigen Fakten: Auf welchem niedrigem Niveau die Gegenwehr erfolgte; dass der amerikanisch-britische Vormarsch mit atemberaubender Geschwindigkeit abließ; dass es die Iraker trotz sich immer weiterer Ausdehnung der Verbindungslinien nicht einmal schafften, den Nachschub durch „weiche“ Lastwagenkonvois zu unterbinden (die Guerilla nach Kriegsende ist hierbei viel effektiver als die Truppe während des Kriegs); dass der Einsatz von Massenvernichtungswaffen ausblieb. Zornige Generäle versuchten in Katar und in Washington begreiflich zu machen, dass alles nach Plan lief

(womit sie weitgehend Recht hatten). Aber gelegentlich wurde anscheinend „Comical Ali“ – dem irakischen Informationsminister – mehr geglaubt.

Aber auch auf der Nachfrageseite, seitens des Publikums, verändert sich der Geschmack. Ein starkes Bedürfnis nach Geschlossenheit und Solidarität muss von den Medien befriedigt werden. Die Menschen bevorzugen gute Nachrichten über die eigene, schlechte über die gegnerische Lage. Und auch Chauvinismus, das emphatische Zelebrieren der eigenen Positionen, ist gefragt.⁵ Medienvertreter verspüren daher einen starken Konformitätsdruck. Er geht vom Publikum auf sie über, viele Journalisten spüren ihn jedoch auch aus sich selbst heraus. Schließlich sind sie auch Mitglieder der in höchster Gefahr befindlichen Gemeinschaft und teilen somit die Gefühlslage ihrer Landsleute.⁶ Die Medien tendieren in einer vom Kriegsdiskurs geprägten Gesellschaft daher zur „Schoßhund“-Rolle und vernachlässigen ihre „Wachhund“-Funktion.⁷

Die auswärtige Dimension des Kriegsdiskurses

Auch im Wirken nach Außen eröffnet die Akzeptanz des Kriegsdiskurses durch die Medien und die Bevölkerung neue, ungewöhnliche Handlungsmöglichkeiten, die noch dazu von der Öffentlichkeit vehement mitgetragen werden, solange ihre Kosten nicht allzu negativ zu Buche schlagen. An erster Stelle steht dabei die Polarisierung, die der vom Kriegsdiskurs erwirkten Grenzziehung zwischen „uns“ und „dem Feind“ im öffentlichen Bewusstsein entspricht. Präsident Bush hat diese aktive Polarisierung auf die griffige Formel gebracht „Entweder ihr seid für uns, oder ihr seid für die Terroristen“. Im internationalen Feld zeigt dies nicht immer die gewünschte Wirkung, wie die Auseinandersetzungen um den Irak-Krieg zeigen. Aber im Innern hilft es der weiteren Formierung der öffentlichen Meinung.

Rechtsschranken, die im Normalfall gelten, entfallen im Krieg. Nie erlangte der unheilige Satz „der Zweck heiligt die Mittel“ eine so umfassende Gültigkeit. Unter den amerikanischen Neokonservativen galt die Fesselung der Handlungsfreiheit der USA seit langem als Sicherheitsrisiko und der Rolle des Landes im internationalen System als unangemessen. Eben deshalb hatten sie in der Regierung durchgesetzt, dass schon vor dem 11. September eine Reihe von internationa-

len Abkommen und Verhandlungen sabotiert wurden. Erst nach dem 11. September jedoch setzten sie den von Rechtsschranken freien Anspruch, nach Gutdünken auch Präventivkriege führen zu dürfen, als politisches Prinzip durch, wie es sich in der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ und im Irak-Krieg praktisch niederschlug. Der Kriegsdiskurs verschaffte hierfür die Loyalität und nahezu kritikfreie Unterstützung, die wohl in Friedenszeiten kaum verfügbar gewesen wäre. Und entgegen vielen Hoffnungen, der Wunsch nach einer stabilen „Anti-Terror-Koalition“ werde die US-Regierung zum Multilateralismus zurückführen, schritt die Demontage multilateraler Vereinbarungen und Verhandlungen ungerührt weiter voran.

Allerdings hat der Kriegsdiskurs auch für die Vereinigten Staaten selbst gravierende Nachteile, die sich in schädlichen Langzeitwirkungen niederschlagen. Die unmittelbare Notwendigkeit der Verteidigung und Gegenoffensive verdrängt das Verlangen nach dem Verständnis und der Analyse der tieferliegenden Ursachen des Terrorismus. Die Gegenwehr verengt sich überwiegend auf das militärische Instrument – so ist das nun einmal im Krieg. Der eklatante Unterschied zwischen der nahezu perfekten Vorbereitung der militärischen Operationen im Irak und der stümperhaften und fehlerbehafteten Handhabung der Friedensplanung spricht für sich.

Insoweit ist der Kriegsdiskurs mehr als ein Disziplinierungsinstrument gegenüber den Medien und der Öffentlichkeit. Er ergreift und beherrscht auch weitgehend diejenigen, die ihn als Hegemonialdiskurs durchgesetzt haben. „Der Diskurs spricht mich“, hat Foucault einmal gesagt und damit auf den Punkt gebracht, dass die Wirkungsmacht der Worte auf die Sprecher selbst zurückschlägt.

Die gefährdete Demokratie und ihre Selbstheilungskräfte

Der Kriegsdiskurs enthält ein beträchtliches Gefährdungsmoment für die Integrität der Demokratie, weil er deren Normalität nach Innen und Außen außer Kraft setzt. Exekutiven weisen ohnedies die Neigung auf, die Ausnahmelage des Kriegs in Friedenszeiten hinein verlängern zu wollen. Die dort zur Verfügung stehenden Herrschaftsmittel machen das Regieren, machen die Kontrolle einfacher.⁸ Weil es gelungen ist, den „Krieg gegen den Terror“ zum hegemonialen Diskurs in den USA zu machen, hat sich die US-Regierung zunächst einen zeitlich unbegrenz-

Anmerkungen

- ¹ Harald Müller, Zwischen Information, Inszenierung und Zensur. Zum Verhältnis von Demokratie, Krieg und Medien, Frankfurt/M., HSFK-Standpunkte Nr. 4/2002.
- ² Kant spricht wörtlich davon, dass die Bürger sich „sehr bedenken“ würden. Der Kontext macht klar, dass er die Kriegsoption meint.
- ³ John E. Mueller, War, Presidents, and Public Opinion, Lanham (University Press of America), 1985.
- ⁴ http://pipa.org/whatsnew/html/new_6_04_03.html. (Zugriff am 8.10.2003)
- ⁵ Dusan Reljic, Killing Screens: Medien in Zeiten von Konflikten, Düsseldorf (Droste), 1998.
- ⁶ Ted Galen Carpenter, The Captive Press. Foreign Policy Crises and the First Amendment, Washington, D.C. (Cato Institute), 1995.
- ⁷ A. Trevor Thrall, War in the Media Age, Creskill, New Jersey (Hampton press), 2000.
- ⁸ ebd.

ten Ausnahmezustand geschaffen. Wenn jedoch durch diesen Ausnahmezustand die offene und kontroverse Debatte im Dreieck Regierung-Medien-Bevölkerung nicht mehr funktioniert, wird die Beziehung zwischen Demokratie und Kriegsabweigung durchbrochen: Demokratien können dann selbst zur Quelle von Gewaltanwendung werden. Unter den strategischen Möglichkeiten, die den Demokratien einwohnende Kriegsabweigung zu überwinden, ist der Kriegsdiskurs demzufolge besonders wirksam.

Erst wenn die erstarrte Formierung der öffentlichen Meinung im Gefolge des 11. September in den USA aufbricht, ist dort auf Abhilfe zu hoffen. Sie würde auch weltpolitische Folgen haben. Erste Anzeichen davon sind zu erkennen; die amerikanische Demokratie ist im Kern eine robuste Institution, die über ihre eigenen Selbstheilungskräfte verfügt. Die unerwarteten, weil den rosigen Prognosen der Regierung widersprechenden Entwicklungen im NachkriegsIrak haben Nachdenklichkeit erzeugt und die Opposition ermutigt, sich doch wieder zu Wort zu melden. Der beginnende Wahlkampf tut ein Übriges, um eine kontroverse Debatte zu motivieren. Denn die demokratischen Wettbewerber können Präsident Bush im kommenden Jahr schlechterdings nicht schlagen, wenn sie in allem völlige Loyalität an den Tag legen. Da der Wahlkampf immer mehr zum beherrschenden Thema wird, transportieren die Medien diese kritischen Sichtweisen zwangsläufig weiter. Das Ansehen des Präsidenten ist von nahezu 90% im Oktober 2001 auf knapp über 50% gesunken. Es könnte sein, dass der Kriegsdiskurs seine zensierende Wirkung in den USA allmählich verliert. Freilich könnte auch das wieder umschlagen, wenn ein weiterer großer Anschlag auf amerikanischem Boden ausgeübt würde.

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Leimenrode 29, 60322 Frankfurt am Main
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-0945-9332

In Deutschland wie im übrigen Europa hat die erfrischende Meinungsvielfalt auch nach dem 11. September eine vergleichbare Erstarrung, wie sie in den USA der vergangenen zwei Jahre zu konstatieren ist, verhindert. Sie war keinem formierenden Kriegsdiskurs ausgesetzt, obwohl eine Reihe von Anti-Terror-Maßnahmen ergriffen wurden und die Bundeswehr sich an der *Operation Enduring Freedom*, der weltweiten Anti-Terror-Kampagne, beteiligte. Der greifbarste Unterschied zwischen Europa und den USA, der das Auseinanderklaffen der Deutungen erklären könnte, ist das Fehlen einer strategisch handelnden Gruppe, die – den Neokonservativen in den USA vergleichbar – in den europäischen Ländern den Kriegsdiskurs gezielt zur Förderung der eigenen weltpolitischen Vorstellungen einsetzt. Sicher war die Unmittelbarkeit des Terrorschocks auch für die amerikanische Bevölkerung größer, jedoch hätte sie ohne das „Diskurs-Unternehmertum“ der Neokonservativen innerhalb und außerhalb der Bush-Administration kaum dieselbe Langzeitwirkung erzielt.

Der Antikriegs-Diskurs, wie er in der Bundesrepublik vorherrschte, hat keine vergleich-

bare formierende Wirkung auf die Gesellschaft; obgleich die überwältigende Mehrheit der Deutschen die Position der Bundesregierung in der Irak-Frage teilt, hat dies die Regierung nicht davor bewahrt, bei der „Sonntagsfrage“ weit hinter die Opposition zurückzufallen. In den Medien ist kein freiwilliger oder erzwungener Loyalitätsdruck zu bemerken. Für die Demokratie ist dieser Normalzustand entschieden vorzuziehen.



Prof. Dr. Harald Müller (Jahrgang 1949) ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der HSFK, Leiter der Forschungsgruppe „Rüstungskontrolle und Abrüstung“ und Professor für Interna-

tionale Beziehungen an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie setzen den Informationsdienst der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung fort, der früher unter dem Titel „Friedensforschung aktuell“ herausgegeben wurde.

Die HSFK, 1970 vom Land Hessen gegründet, arbeitet mit rund 30 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in drei Forschungsgruppen vor allem zu den Themen: Rüstungskontrolle und Abrüstung, Internationale Organisation, Entwicklung und Demokratie sowie in dem Bereich Friedenspädagogik/Konfliktpsychologie. Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

Neben den *HSFK-Standpunkten* gibt das Institut mit den „HSFK-Reports“ und „PRIF Reports“ wissenschaftliche Analysen aktueller Probleme und politische Empfehlungen in Deutsch und Englisch heraus. Die „Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Kon-

fliktforschung“ stellen darüber hinaus grundlegende Forschungsergebnisse des Instituts dar. Mit dem „Friedensgutachten“ legen die HSFK und andere Friedensforschungsinstitute (IFSH, FEST, INEF und BICC) ein gemeinsames Jahrbuch vor, das die laufenden Entwicklungen in Sicherheitspolitik und internationalen Beziehungen analysiert, kritisch kommentiert und Empfehlungen für Politik und Öffentlichkeit gibt.

V.i.S.d.P.: Marlar Kin, Publikationen und Vorstandsangelegenheiten der HSFK, Leimenrode 29, 60322 Frankfurt am Main, Telefon (069) 95 91 04-0, Fax (069) 55 84 81 E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Angabe der Quelle und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der *HSFK-Standpunkte* ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 200 123 459

Design: David Hollstein, www.hollstein-design.de · Layout: HSFK · Druck: CARO Druck ISSN 0945-9332